



Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heinsberg,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Ratssaal,

in der Heinsberger Zeitung lautete die Schlagzeile im kommunalen Teil der Zeitung am 7.1.2016:

„War Erhöhung der Steuern wirklich nötig?“

Hintergrund dieser Überschrift war eine Anfrage meiner Fraktion nach § 18 der Geschäftsordnung vom 2.01.2016. Uns lagen Informationen vor, wonach die Steuereinnahmen für die Stadt Heinsberg sich in 2015 sehr positiv entwickelt haben sollten, so dass zum 30.09.2015 bereits ca. 5 Mio. Euro über dem Haushaltsansatz vereinnahmt worden waren.

Für uns stellte sich daher die Frage, ob die in der Ratssitzung vom 30.09.2015 beschlossene Steuererhöhung zum 1.1.2016 erforderlich war, wenn wir das gewusst hätten.

Die Verwaltung teilte in der Ratssitzung vom 13.1.2016 hierzu mit, dass die Mehrerträge über dem Haushaltsansatz zum 30.9.2015 insgesamt 4,496 Mio. Euro betragen hätten. Damit hätte für das Jahr 2015 unter Berücksichtigung der Planansätze nach wie vor ein Defizit vorgelegen.

Unter dem Punkt „Mitteilungen des Bürgermeisters“ wurde dann dem Rat mitgeteilt, dass die Stadt Heinsberg mit dem Jahresabschluss 2015 ein deutlich besseres Ergebnis erzielen werde als eingeplant. Grund seien diverse Mehrerträge, insbesondere bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie der Umsatzsteuer.

Diese Situation, dass die planerischen Ansätze höher lagen als das spätere Jahresergebnis hatten wir immer - zumindest in den Jahren 2012 – 2014. Da lag der Abschluss beispielsweise in 2011 um 6,9 Mio. Euro günstiger als eingeplant.

Nur zur Klarstellung sei erwähnt, dass in 2015 ein Verlust in Höhe von 5.220.794,-- € eingeplant war. Der Haushaltsausgleich schien aufgrund der guten Steuereinnahmen fast erreicht zu sein.

Dann wurde uns in der Ratssitzung vom 3.2.2016 der Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 zugeleitet. Ein erster Blick in den Gesamtergebnisplan 2016 zeigte uns, dass ein erneuter Verlust von 7.016.392,-- € eingeplant ist. Zudem sind in



der „mittelfristigen Ergebnisplanung“ weitere Verluste in den Jahren 2017 – 2019 in Höhe von insgesamt 9,8 Mio. Euro prognostiziert.

Mit diesem eingeplanten Verlust reißen wir - sportlich gesehen – das erste Mal die 5 % Hürde des § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW. Beim zweiten Mal nacheinander droht der Stadt Heinsberg und uns das Haushaltssicherungskonzept (HSK).

An dieser Stelle möchte ich nochmal die allgemeine finanzielle Entwicklung und Situation in unserer Stadt Heinsberg skizzieren.

Zum 1.1.2009 wurde bei uns das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (kurz NKF genannt) eingeführt. Damals hatten wir nach dem Jahresabschluss zum 31.12.2009 ordentliche Erträge von 63,3 Mio. Euro. Im Haushaltsjahr 2016 planen wir mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 92,4 Mio. Euro. Dies entspricht einer Steigerung von 29,1 Mio. Euro (= 46 %).

Parallel dazu steigen die Aufwendungen von 75,1 Mio. Euro auf 98,2 Mio. Dies entspricht einer Steigerung von 23,1 Mio. Euro (= 30 %).

Aus diesem Vergleich kann man erkennen, dass Heinsberg in 2016 gegenüber 2009 Mehreinnahmen von 29,1 Mio. Euro, aber auch Mehrausgaben in Höhe von 23,1 Mio. Euro hat.

Entscheidend ist aber, dass die Stadt Heinsberg seit Einführung des NKF **keinen** ausgeglichenen Haushalt mehr hatte. Das Eigenkapital hat sich von rund 166 Mio. Euro auf mittlerweile zirka 123 Mio. reduziert.

Es ist absehbar, dass die Stadt Heinsberg in wenigen Jahren **kein** Eigenkapital mehr haben wird.

Auch wenn andere Parteien den „Sozis“ immer wieder nachsagen, dass sie nicht mit Geld umgehen können, möchte ich erwähnen, dass ich gelernt habe, nur das auszugeben, was ich als Einnahme bekommen habe.

Was Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder und Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, hier in der Stadt Heinsberg vollbringen, ist ein „finanzielles Harakiri“



Betrachten wir die Einnahmenseite des vorliegenden Haushaltsentwurfs.

Die Anhebung der Hebesätze wurde vom Kreis Heinsberg und von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA), aber auch von der SPD-Fraktion schon seit geraumer Zeit gefordert.

Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, haben sich da anfangs geziert, aber letztendlich die Notwendigkeit der Steuererhöhungen eingesehen. Im letzten Kommunalwahlkampf haben Sie hier andere Signale gesendet und eine in früheren Jahren angedachte Steuererhöhung bei der Grundsteuer B im Wahlkampf ausgesetzt und so dem Wähler Sand in die Augen gestreut.

Weitere Steuererhöhungen sind aufgrund der defizitären Haushalte unumgänglich und sind in der mittelfristigen Planung – soweit man das eingehender betrachtet - auch angedacht.

Die IHK bewertet dies in ihrer jährlichen Stellungnahme als „**enttäuschend**“. Alternativen werden von der IHK aber nicht aufgezeigt.

Dies ist bei der SPD-Fraktion anders. Wir haben schon vor Monaten weitere Einnahmequellen und Alternativen ins Gespräch gebracht. Hierzu zählen insbesondere die „Sondernutzungsgebühren“, die in anderen Kommunen gängige Praxis sind. Aber aus der Zeitung war zu entnehmen, dass es da wohl erheblichen Gegenwind vom Gewerbeverein gibt.

Wir sind mal gespannt, wie die Sache weiterläuft, denn wir haben diesen Antrag am 20.03.2015 gestellt. Unser ursprünglicher Antrag wurde damals durch Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, stark beschnitten und abgeändert.

Als wir in den vergangenen Monaten beim angedachten Abriss der alten Sonnenscheinschule und der späteren Nutzung als Parkfläche von einem „Filetstück“ sprachen und die Veräußerung an einen Investor ins Spiel brachten, war der Aufschrei bei den Gewerbetreibenden groß. Auch hier wurde zugunsten der Gewerbetreibenden erst mal alles abgeblockt.

Die damals angesprochene moderate Erhöhung der Parkgebühren im Innenstadtbereich wurde von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, auch noch nicht in Angriff genommen.



Eine weitere, unseres Erachtens zu erschließende Einnahmequelle, wäre die Kostenbeteiligung der landwirtschaftlichen Betriebe beim Bau der Wirtschaftswege.

Aber an dieses Thema trauen Sie sich auch nicht heran, oder?

Doch betrachten wir auch die Ausgabenseite der Stadt Heinsberg.

Die zwei größten Posten sind die *Personalaufwendungen* und die *Transferausgaben*, und hier insbesondere die *Kreisumlage*.

Bei den Personalaufwendungen verzeichnen wir eine Steigerung in Höhe von rund 1,5 Mio. Euro (=8,35 %). Aber wenn man die Erhöhungen aufgeschlüsselt bekommt – wie wir es anlässlich unserer Haushaltsberatung erfahren haben – dann stellt man schnell fest, dass hier neben den Besoldungs- und Tariferhöhungen, den Beihilfen und den Zuführungen zu den Rückstellungen auch neue Stellen im Kindergartenbereich, beim Bauhof, in der Verwaltung und bei der Feuerwehr davon betroffen sind.

In diesem Zusammenhang bleibt anzumerken, dass die SPD-Fraktion es für sinnvoll erachtet, dass kleinere handwerkliche Arbeiten (z. B. Maler- und Elektroarbeiten) von Bediensteten der Stadt Heinsberg ausgeführt werden. Hier ist durchaus ein Sparpotenzial vorhanden.

Im Übrigen bleibt anzumerken, dass die Stadt Heinsberg mit einer Personalquote (Personalintensität) von unter 20 % im interkommunalen Vergleich sehr gut aufgestellt ist. Dies wird von der IHK völlig anders gesehen. Sie spricht von einer hohen Personalintensität.

Wie gesagt, da sind wir anderer Meinung.

Die Stellungnahmen der IHK betrachte ich alljährlich immer sehr kritisch. In diesem Jahr stimme ich den Verfassern der Stellungnahme zu, wenn Sie ausführen, dass der Vorbericht wenig aussagekräftig ist.

Durch die Einführung des NKF hatte ich die Hoffnung, dass die gesamte Haushaltsführung transparenter und für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher sein würde.

Hierin habe ich mich sehr getäuscht und mit dieser Ansicht stehe ich nach der Kommentierung auch nicht allein.

Seit dem 1.1.2009 wirkt alles verschleiert und unübersichtlich. Nur durch Nachfragen bei Herrn Gerards und Herrn Louis konnte man bei einigen Positionen Klarheiten erhalten, und das nur durch viele Kleinarbeit der beiden Herren und Ihrer Mitarbeiter.

Das ist aus Sicht der SPD-Fraktion sehr schade.



Die „Doppik“ sollte keinesfalls Selbstzweck sein, sondern Grundlage für problemorientierte Entscheidungen der Verantwortlichen in den Kommunen.

Wie bereits bei den Personalaufwendungen dargestellt gibt es eine Vielzahl von Kennzahlen. Ein Vergleich dieser Kennzahlen und der Werte aus den Haushaltsplänen der anderen Kommunen des Kreises Heinsberg oder vergleichbarer Kommunen müsste m. E. doch schnell aufzeichnen, woran es liegt, dass in der Stadt Heinsberg so schlechte Jahresergebnisse geschrieben werden.

Insoweit erwartet meine Fraktion eine analytische Aufarbeitung der Werte der Stadt Heinsberg im Vergleich zu anderen Kommunen.

Wir waren noch bei den Aufwendungen.

Bei dem Betrieb der „Straßenbeleuchtung“ hat meine Fraktion die Kooperation mit der Firma Alliander als sehr positiv bewertet. Hier wird mit Sicherheit auf lange Sicht eine Kostenreduzierung zu erwarten sein.

Bei den „Transferausgaben“ ist ebenfalls eine Steigerung von rund 6,2 Mio. Euro (=15,56%) festzustellen. Mit 47 % ist dies der größte Ausgabenposten und hier fällt die Kreisumlage mit 22,8 Mio. Euro erheblich ins Gewicht.

Bei den Haushaltsberatungen der SPD-Fraktion haben wir zur Kreisumlage schon bemängelt, dass in dem „Benennungsverfahren“ mit den anderen Bürgermeistern des Kreises Heinsberg nicht stärker darauf gedrängt wurde, die Ausgleichsrücklage des Kreises stärker zu beanspruchen.

Nach Auffassung meiner Fraktion ist es überhaupt nicht erforderlich, dass der Kreis Heinsberg eine gut gefüllte Ausgleichsrücklage unterhält und die Kommunen, die die Kreisumlage zahlen müssen, finanziell am „Krückstock“ gehen. Da sind andere Kommunen wie zum Beispiel die Gemeinde Selfkant mit uns der gleichen Meinung.

Wie man, bei einer solchen Auffassung von „*wiederholtem kommunalfreundlichen Verhalten des Kreises*“ sprechen kann, so wie dies Ihr Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion, Herr Norbert Reyans, ausgesprochen hat, ist meiner Fraktion und mir nicht nachvollziehbar. Aber solche Äußerungen hat dieser Herr alljährlich in seinen Reden.

Im Zusammenhang mit der Kreisumlage fällt mir erneut das Thema „**Begas-Haus**“ ein. In der Ratssitzung vom 9. Dez. 2015 habe ich zu diesem Thema für



meine Fraktion schon umfangreich Stellung genommen und das Fehlverhalten der verantwortlichen Personen angeprangert. Ich möchte dies nicht alles heute nochmal wiederholen. Festzuhalten bleibt, dass die SPD-Fraktion gegen die Zahlung eines Einmalbetrages in Höhe von 55.000,-- € zur Abdeckung des Fehlbetrages beim Trägerverein Museum Heinsberg e. V. gestimmt hat. Gleichzeitig hoffen wir, dass in den kommenden Jahren nicht weitere Fehlbeträge bei diesem Verein auftauchen.

In diesem Zusammenhang sollte man die jährlichen 75.000,-- Euro erwähnen, die die Stadt Heinsberg an den Trägerverein zum Betrieb des Museums zahlt. Dies ist eine so genannte „freiwillige Leistung“.

Die weiteren „freiwilligen Leistungen“ belaufen sich nach Mitteilung der Verwaltung auf 1.084.000,-- Euro.

Bei der finanziellen Misere, die derzeit in der Stadt Heinsberg herrscht, muss man sich fragen, ob man solche „freiwilligen Leistungen“ auch in Zukunft bereit ist zu zahlen?

Den Haushalt zu verabschieden, ist das wichtigste Recht jedes Parlaments, denn mit dem Haushalt wird entschieden, wofür unsere aller Steuergelder ausgegeben werden dürfen. Deshalb haben die Haushaltsreden einen herausragenden Stellenwert in der Kommunalpolitik. In diesen Reden wird die Stadt in ihrer Gesamtheit betrachtet. Dies möchte ich auch für die SPD-Fraktion tun und Sie bitten, Ihr Augenmerk beispielsweise auf das Feuerwehrgerätehaus in Aphoven-Laffeld-Scheiffendahl zu richten.

In diesem Zusammenhang wurde der SPD-Fraktion von ortsansässigen CDU-Politikern schon mehrfach vorgeworfen, dass wir es Schuld sind, dass das Vorhaben noch nicht durchgeführt worden ist. Mit unserer Verzögerungstaktik seien wir für die erhebliche Zeitverzögerung verantwortlich.

Im Haushaltsentwurf sind Geldmittel in ausreichender Höhe eingeplant, doch ich frage Sie, wo bleibt die Umsetzung? Wann beschließen wir die Durchführung dieser Maßnahme?

Bei der Bädersituation in Heinsberg ist der Rat der Stadt Heinsberg nur über seine Vertreter in der Gesellschafterversammlung tangiert. Mit der Entscheidung dieses Gremiums, ein Freibad über eine Bürgerinitiative weiter zu betreiben, fühlen wir uns in unserer langjährigen Auffassung bestätigt, dass zumindest ein Freibad geöffnet bleiben soll.



Dass die „Festhalle Oberbruch“ bei der Interessengemeinschaft 2020 in guten Händen ist, davon hat sich die SPD-Fraktion persönlich informiert. Ich möchte hier schon zu dem Tagesordnungspunkt 7 „Nutzungsvertrag zur Überlassung der Festhalle Oberbruch zwischen der Stadt Heinsberg und der Interessengemeinschaft Oberbruch 2020 e. V.“ erklären, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird.

Bezüglich Ihrer Schulpolitik in der Stadt Heinsberg werden Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, auch in diesem Jahr wieder ein Desaster erleben, da bin ich mir sicher.

In 2014 haben Sie Ihren Antrag vom 16.12.2011 „Gründung einer Sekundarschule im Schulzentrum Oberbruch“ durchgeboxt. Die Eltern wurden von Ihnen nicht gefragt. Die Zahl der Anmeldungen reichte jedoch nicht aus, so dass danach das Genehmigungsverfahren zur Errichtung einer Gesamtschule eingeleitet wurde.

In 2015 haben Sie bei der Festlegung der zu bildenden Eingangsklassen an den städtischen Grundschulen erneut den Eltern- und Lehrerwillen missachtet und der Sonnenscheinschule eine Klasse weggenommen, der Schule in Kempen hingegen eine Klasse zugesprochen.

Und Ende 2015/Anfang 2016 haben Sie wieder selbstherrlich entschieden, die Grundschulen Unterbruch und Kempen zu schließen. Und dies alles ohne ein sinnvolles Schulkonzept, ohne die rechtzeitige Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und ohne einen sachlichen Vergleich der Kosten und Nutzen.

Vielleicht hätte man auch die Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich eines schulpädagogischen und schulorganisatorischen Konzepts beteiligen können. Des Weiteren hätte man, je nach Umfang des Schulkonzepts, in diesem Zusammenhang auch das Thema „Inklusion“ betrachten können.

Die SPD-Fraktion wartet mit Spannung auf die weitere Vorgehensweise in Sachen Bürgerentscheid/Bürgerbegehren.



Nach meiner Fraktion vorliegenden Informationen liegt bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder, seit Mitte Januar 2016 ein Schreiben des Landrats, in dem er eine Anmietung der „Don-Bosco-Schule“ bis zum Jahr 2020 anbietet. Er möchte den bestehenden Pachtvertrag gerne verlängern.

Aus haushälterischer Sicht und auch unter Berücksichtigung, einen solchen Schulstandort auf städtischem Gebiet zu haben, ist es sicherlich eine gute Sache für die Stadt Heinsberg. Nur passt das ja anscheinend nicht in die Vorhaben der Stadt Heinsberg, die von Ihnen meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, geplant sind. Sie haben doch angedacht, die „Don-Bosco-Schule“ als zukünftige Grundschule zu nutzen.

Welche Ziele verfolgen Sie denn jetzt?

Ein weiterer Beweis dafür, dass von einer zukunftsorientierten und transparenten Schulpolitik wohl keine Rede sein kann. Wenn ich Dich, lieber Norbert Krichel, bei Deinen einführenden Worten aus der Zeitung zitieren darf, dann wäre bereits jetzt bei diesem Punkt der Zeitpunkt gekommen, wo Du und Deine CDU-Fraktion, mit „Offenheit“ und „Transparenz“ arbeiten könnt.

Vielleicht lasst Ihr Euch den Satz von Winston Churchill einmal durch den Kopf gehen, der sagte:

(Zitat) „Demokratie ist die Notwendigkeit sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen.“ (Zitatende)

Im Übrigen, lieber Norbert, darf ich Dir im Namen der SPD-Fraktion zur Wahl des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion recht herzlich gratulieren. Wir hoffen auf eine sachdienliche Zusammenarbeit zugunsten der Stadt Heinsberg.

Zurück zur „Don-Bosco-Schule“. Was passiert, wenn die „Don-Bosco-Schule“ der Stadt Heinsberg nicht für Grundschulzwecke zur Verfügung steht? Wenn dann noch die Schließung der Grundschule Grebben unausweichlich ist bzw. die Grundschule wegen schwerwiegender Mängel abgerissen werden muss, dann hat die Stadt Heinsberg kaum ausreichende Grundschulgebäude, zumal nach Ihrem Willen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, die Grundschulen Kempen und Unterbruch bereits anders genutzt werden bzw. abgerissen worden sind.

Wie sagt man so langläufig: „Dann ist Holland in Not?“



In der Ratssitzung vom 3.2.2016 wurde eine langjährige Forderung der SPD-Fraktion Wirklichkeit. Die Ratsvertreter haben damals beschlossen, **die Grundstücksentwicklung in Form eines stadteigenen Regiebetriebs im städtischen Kernhaushalt** wahrzunehmen.

Wir haben diesem Beschlussvorschlag gerne unsere Zustimmung erteilt und fordern nunmehr die Verwaltung auf, konkrete Vorstellungen über die Arbeit des stadteigenen Regiebetriebs zu präsentieren.

Für die Zusammenarbeit mit Vorhaben- und Erschließungsträgern beantragt die SPD-Fraktion, dass zukünftig eine zeitnahe Bebauungsverpflichtung vertraglich vereinbart wird, damit – wie bereits geschehen – **keine** „Vorratsbaulandbeschaffung“ erfolgt.

Ich möchte nunmehr zum Resümee über den Haushaltsentwurf kommen.

Wie in all den Jahren vorher, möchte sich die SPD-Fraktion bei allen Beteiligten, die für die Erstellung dieses Haushaltsentwurfs verantwortlich waren, herzlich bedanken.

Wir sind uns bewusst, dass die Erarbeitung eines solchen Zahlenwerks viel Detailwissen und Rechtskenntnis erfordert.

Vielen Dank.

Angesichts des hohen Defizits und der mangelnden Dokumentation von Lösungsmöglichkeiten, hat sich die SPD-Fraktion entschlossen, den diesjährigen Haushaltsentwurf abzulehnen und gegen den Beschlussvorschlag zu stimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ralf Herberg
Fraktionsvorsitzender

Heinsberg, 16. März 2016